

12/1998

sicher in die Welt von morgen

**Generalsekretär
Peter Hintze zur
Werbelinie und
zum Wahlkampf-
Slogan der CDU:**

Keine andere politische Kraft in Deutschland vertritt die deutschen und europäischen Farben so überzeugend wie die CDU, und kein anderer deutscher Politiker wird so eng mit Deutschland und Europa in Verbindung gebracht wie Helmut Kohl. Deswegen haben wir uns für ein Bildmotiv entschieden, das die deutsche und die europäische Flagge harmonisch zusammen-

CDU

führt. Ein ganz neues Design signalisiert: Die CDU tritt für ein erfolgreiches Deutschland in einem vereinten Europa an. „Sicher in die Welt von morgen“ – diese Basisaussage intonierte die politische Grundmelodie unseres Wahlkampfes und beschreibt die große Aufgabe, vor der wir stehen.

- 1982/83 ging es um die Erneuerung der alten Bundesrepublik,
- 1990 und in den Folgejahren um die Entfaltung der deutschen Einheit,
- 1998 geht es um den Weg in ein neues Zeitalter.

Fortsetzung auf Seite 3

Kurz & gut

Erstmals seit vier Jahren

wird bis zum Jahresende die Zahl der Arbeitslosen sinken. Sie wird nach dem Jahreswirtschaftsbericht 1998 um rund 200.000 deutlich niedriger liegen als Ende 1997. Hans-Peter Repnik, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Talsohle der Arbeitslosigkeit ist durchschritten.

Vom Vermieter zum Mietermarkt

Rund 4 Millionen neue Wohnungen werden seit 1998 bis zum Ende dieses Jahres fertiggestellt sein, 2,2 Millionen allein in dieser Legislaturperiode. Die Folge: Der Mietindex, der zweitweise auf fast 6 Prozent geklettert war, geht kontinuierlich zurück und tendiert aktuell gegen 2 Prozent. Von einem „Preistreiber“ Miete kann keine Rede sein.

Gewaltig aufgeholt

35 Milliarden Mark hat die Bahn in den Jahren 1994 bis 1997 für Modernisierungsinvestitionen ausgegeben. Bis 2002 werden es insgesamt 80 Milliarden Mark sein. Die Koalitionsparteien haben mit der Bahnreform eine revolutionäre Entscheidung getroffen und die Wettbewerbssituation der Bahn entscheidend verbessert.

Mit einem ganztägigen Kongreß in Bonn

will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 28. Mai im Konrad-Adenauer-Haus die Bedeutung von Fremdenverkehr und Tourismus als Wirtschaftszweig mit noch nicht voll ausgeschöpftem Arbeitsplatzpotential herausstellen. Bereits heute sind der erfolgreichen Wachstumsbranche 2 Millionen Arbeits- und 80.000 Ausbildungsplätze zuzuordnen.

In der SPD herrscht ein heilloses steuerpolitisches Chaos

Was auf den Steuerzahler unter einer SPD-geführten Bundesregierung zukäme, bleibt völlig unklar: ● Schröder will den Steuersatz auf unter 49 Pro-

zent senken ● SPD-Fraktionsvize Dreßler „leuchtet dies gar nicht ein“ ● Clement (NRW) möchte einen Spitzensteuersatz bei 43 bis 45 Prozent ● die

Jusos lehnen generell jede Absenkung des Spitzensteuersatzes ab. – Kanzleramtschef Friedrich Bohl: Schröder und Lafontaine müssen endlich

Klarheit schaffen. Ihr ganzes Wahlprogramm bleibt sonst „fauler Zauber“. Dessen Kosten von über 100 Milliarden Mark pro Jahr werden heute schon zur

Hauptsache den Unternehmen aufgelastet. Jeder Absenkungspunkt vergrößert die ohnehin klaffende Deckungslücke um weitere 3 Milliarden Mark.

WICHTIGSTE

DAS WICHTIGSTE DER WOCHE AUF EINER SEITE

NR. 12

„Gerhard Schröder hat seine staubige Anti-EURO-Platte kurz mit dem Ärmel abgewischt und wieder aufgelegt. Soll das alte Lied zum Wahlkampfschlager werden?“

Hannoversche Allgemeine Zeitung

CDU-Generalsekretär Peter Hintze: Der EURO ist unser Schlüssel zum Erfolg

Das Parteipräsidium der CDU hat die Teilnahme Deutschlands an der gemeinsamen europäischen Währung einstimmig zugestimmt und damit das Jahrhundertprojekt EURO auf den Weg gebracht.

Bereits vor seinem Start hat, wie Generalsekretär Peter Hintze auf einer Pressekonferenz am 30. März im Bonner Konrad-Adenauer-Haus erklärte, der EURO eine beispiellose Erfolgsstory geschrieben. Mit den strengen Kriterien des Vertrags von Maastricht hat er eine positive Vorwirkung entfaltet:

- Geldwertstabilität, wie sie einmalig in der Geschichte ist,
- historisch niedrige Zinsen,
- ein großes Zutrauen nicht nur in die D-Mark, sondern auch in die neue europäische Währung.

Großen Aufgaben nicht gewachsen

Wenn demgegenüber – so Hintze – der Kandidat der sozialdemokratischen Partei, Herr Schröder, den EURO eine „kränkelnde Frühgeburt“ nennt, dann macht er damit deutlich, daß er für Aufgaben von historischem Rang nicht das notwendige politische Gewicht hat und ihnen nicht gewachsen ist.

Da die nächste Bundesregierung in den Jahren 1998 bis 2002 die wichtige Aufgabe hat, die Stabilität der neuen gemeinsamen Währung sicherzustellen, werden die richtigen Beschlüsse dazu bereits Thema der zentralen Auseinandersetzungen im Bundestagswahlkampf sein.

Starker Kanzler – starker EURO!

Peter Hintze: „Unser Grundsatz ist: starker Kanzler – starker EURO! Helmut Kohl bringt mehr Gewicht auf die europäische Waage als alle Herausforderer, Vorsitzenden und Spitzenleute zusammen, die die SPD gegen ihn aufbietet.“

Der Bundeskanzler habe, wie die weitere Europapolitik angeht, bereits heute angekündigt, während der deutschen Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999 folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Abbau der Bürokratie in Brüssel und
- Stärkung des Subsidiaritätsprinzips – das heißt: alle Vorteile einer Zuständigkeitsverteilung uneingeschränkt nutzen, wonach sich ohne Not keine Entscheidungsebene von der nächsthöheren in ihre Belange „reinzuregieren“ lassen braucht.

Anzeige mit Nachspiel

Die 650.000 Mark teure Pro-Schröder-Anzeigen-Kampagne zum Schluß des niedersächsischen Wahlkampfes wird ein Nachspiel haben. Die CDU in Hannover will von Schröder wissen, ob er wirklich nichts davon wußte, wo

doch die SPD auffälligerweise am selben Tag keine eigenen Anzeigen mehr schaltete. Auffällig auch, daß die Schröder-Regierung für Interessen just jener Branche eingetreten ist, aus der der Anzeigen-Auftraggeber stammt.

Gleich mehrfach falsch

Schröder will als Kanzler darauf drängen, daß die Unternehmen zwei Jahre lang auf Entlassungen verzichten. Wie soll das gehen? fragt die Süddeutsche Zeitung. Wer soll sich wozu verpflichten? Soll der Gesamtmetall-Chef für

Hunderttausende von Mitgliedern sprechen können? Soll eine Firma lieber Konkurs anmelden, als sich von einigen Mitarbeitern trennen? Zusage, wie der SPD-Kandidat sie sich vorstellt, „waren lediglich in den Wind gesprochen“.

Fortsetzung von Seite 1

Wir sind mitten im Anbruch einer neuen Epoche, und unser Slogan sagt: Wir werden Deutschland sicher in die Welt von morgen führen.

„Sicher in die Welt von morgen“ ist ein Versprechen, mit dem wir in den Wahlkampf ziehen, dessen Einlösung aber bereits begonnen hat.

Das Zukunftsprogramm der CDU, dessen erster Diskussionsentwurf jetzt vorliegt, liegt auf der Linie unserer Basisaussage für die Bundestagswahl. Es bezeichnet, was wir heute tun müssen, damit wir in der Welt von morgen zurechtkommen.

Wir ziehen in den Wahlkampf

mit einem großen Paket inhaltlicher Aussagen und mit einem Bundeskanzler, der Epoche gemacht hat und an der Schwelle

Wichtiger Termin

Antragsfrist für den 10. Parteitag vom 17. bis 19. Mai 1998 ist Montag, 20. April 1998, 24.00 Uhr. Anträge, die nach diesem Datum bei der Bundesgeschäftsstelle eingehen, können nicht mehr im regulären Verfahren berücksichtigt werden; sie müßten ggf. als Initiativ-Anträge auf dem Parteitag eingebracht werden.

Um unnötige Schreivarbeiten zu vermeiden, sollten Anträge in Datenform per Diskette oder als X.400-Post übersandt werden.

zum 21. Jahrhundert ein erfolgreiches Deutschland in einem vereinten Europa am überzeugendsten repräsentieren und führen kann.

● CDU-Zukunftsprogramm

Bauplan für die Brücke ins 21. Jahrhundert. Seite 5

Bundeskanzler Helmut Kohl: Das Ziel meiner Politik ist, die Steuern in Deutschland nachhaltig zu senken. Seite 6

● Beschäftigung

Die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt verfestigt sich. Seite 7

● EURO

In Übereinstimmung mit dem Grundgesetz. Bundesverfassungsgericht verwirft Bundesverfassungsbeschwerde. Seite 8

Peter Rauen: Schröder unterschätzt den Mittelstand. Seite 9

● Pflege/Betreuung

Bundesregierung unterstützt

HEUTE AKTUELL

längere Frist bei der Heimpersonalverordnung. Seite 12

● Sicherheitspolitik

NATO-Osterweiterung: Mehr Sicherheit in Europa. Seite 16/17

● Natur- und Artenschutz

Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie: CDU hält an Ausgleichsregelung und Vertragsnaturschutz fest. Von Reimer Böge. Seite 18

● Mecklenburg-Vorpommern

Den Blick nach vorn - gemeinsam die Zukunft meistern. CDU-Landesparteitag in Sternberg. Seite 20

● Kurz & bündig

ARGUMENTE. Zu den

Vorteilen der Magnet-schwebbahn Transrapid. Seite 23/24

● UiD Extra

Helmut Kohl: Wir sind auf einem guten Weg, das gemeinsame Haus Europa zu errichten. Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 2. April. Innenteil

● Dokumentation

Wir haben viel bewegt. Leistungsbilanz 1994 - 1998. Teil II. Mit einem Stichwortverzeichnis für beide Teile. Grüner Teil

■ Hinweis ■

Die beiden Dokumentationen mit der Leistungsbilanz sind auch in unserem Versandzentrum in Vermold zu beziehen:

Teil 1: Bestell-Nr.: 5361

Teil 2: Bestell-Nr.: 5367

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 30,- DM.

Erster Diskussionsentwurf
für ein
**Zukunfts-
programm**
der Christlich
Demokratischen
Union Deutschlands



CDU

● **Zukunftsprogramm der CDU**
Erster Diskussionsentwurf

Diese Broschüre können Sie kostenlos
bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter
der Fax-Nr.: (02 28) 5 44-4 82 anfordern.

Zukunftsprogramm der CDU

Bauplan für die Brücke ins 21. Jahrhundert

Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der Programmkommission, und Generalsekretär Peter Hintze haben am 3. April einen ersten Diskussionsentwurf für ein Zukunftsprogramm der CDU der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieses Papier dient als Grundlage für die Programmdiskussion innerhalb der CDU.

Die Hauptziele unseres Zukunftsprogramms sind:

- Arbeit und Beschäftigung für alle,
- Weltgeltung für Innovationen „Made in Germany“,
- eines der leistungsfähigsten Bildungssysteme der Welt,
- ein schlanker, unbürokratischer Dienstleistungsstaat,
- ein Sozialstaat, der Solidarität ebenso wie Eigenverantwortung mobilisiert,
- eine neue Kultur der Selbständigkeit und der nachbarschaftlichen Hilfe,
- eine Erneuerung der sozialen Gemeinschaften und des ehrenamtlichen Engagements,
- ein freiheitlicher Rechtsstaat ohne Furcht vor Verbrechen,
- ein einiges und handlungsfähiges Europa,
- eine Welt mit weniger Krieg, weniger Hunger und Elend, weniger Umweltzerstörung.

Wolfgang Schäuble hat anlässlich der Vorstellung des Zukunftsprogramms vor der Presse mit Nachdruck betont:

„Es geht uns darum, ein ehrliches Programm vorzulegen. Wir wollen nicht in einen Wettlauf der belanglosen Belibigkeiten eintreten, sondern wollen eine inhaltliche Debatte über die wirklichen Zukunftsfragen unseres Landes führen. Das Programm ist in vielen Bereichen eine Herausforderung. Manches liest sich fast wie Zumutungen. Der Weg der Union ist anstrengender. Wir sind nicht der billige Jakob, der allen alles verspricht – und das noch umsonst.“

Die Ergebnisse Programmdiskussion werden in das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU einfließen.

Anregungen und Änderungsvorschläge

Die nächste Sitzung der Wahlprogrammkommission findet am 27. April 1998 statt. Der Bundesvorstand beschäftigt sich mit dem Papier am 30. April. Anregungen und Änderungsvorschläge, die die Partei zu dem Papier machen wird, werden im Verlauf der weiteren Diskussion berücksichtigt. Der Diskussionsentwurf ist unmittelbar nach Veröffentlichung den Kreisvorsitzenden zugegangen.



Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: wir wollen eine Debatte über die Zukunftsfragen unseres Landes führen.

Foto: Laurence Chaperon

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ziel meiner Politik ist, die Steuern nachhaltig zu senken

Zur aktuellen Diskussion um den Entwurf des Zukunftsprogramms der CDU gab der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, der Bild-Zeitung das folgende Interview:

Frage: *Herr Bundeskanzler, zwischen CDU und CSU ist ein Streit über Ökosteuern entbrannt. Müssen sich die Bürger bei einem Wahlsieg der Koalition auf höhere Steuern einstellen?*

Helmut Kohl: Nein, Ziel meiner Politik ist, die Steuern in Deutschland nachhaltig zu senken. Neue Arbeitsplätze können wir nur schaffen, wenn wir unsere internationale Konkurrenzfähigkeit erhalten und weiter ausbauen. Deshalb brauchen wir zwingend die große Steuerreform.

Im Gegensatz dazu stehen SPD, Grüne und PDS für eine Politik der höheren Steuern und Abgaben. Mit Schocktherapien, z.B. einem Benzinpreis von 5 DM pro Liter, lassen sich die Probleme in Deutschland nicht lösen und läßt sich erst recht nicht die Wirtschaft beleben.

Frage: *Halten Sie die Einführung einer Ökosteuer vor dem Hintergrund der zunehmenden Umweltverschmutzung für grundsätzlich sinnvoll?*

Helmut Kohl: Deutschland ist weltweit Vorreiter bei der Verminderung des klimaschädlichen Kohlendioxids. Unsere nationalen Maßnahmen machen jedoch auf Dauer nur Sinn, wenn wir auch in Europa weitere Fortschritte erzielen. Trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse werde ich alles daransetzen, daß wir in Europa zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Erforderlich ist eine harmonisierte Rege-

lung der Energiebesteuerung in Europa, die für Deutschland keine Wettbewerbsnachteile bringt. Ziel meiner Politik ist es, daß die Schöpfung bewahrt und die Umwelt geschützt wird. Dazu gehört in besonderer Weise der Schutz des Weltklimas und der Erdatmosphäre. Dies ist in unser aller Interesse und eine moralische Verpflichtung gegenüber unseren Kindern.

Frage: *Muß Deutschland Vorreiter bei der Einführung einer Ökosteuer sein?*

Helmut Kohl: Nationale Alleingänge kommen für mich und die CDU nicht in Frage, weil sie unsere Wirtschaft einseitig belasten, ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen und damit Arbeitsplätze in Deutschland vernichten würden. Deshalb gibt es mit mir und der CDU keine Ökosteuer.

Frage: *Werden CDU und CSU noch ein gemeinsames Wahlprogramm festlegen?*

Helmut Kohl: Wolfgang Schäuble und die Programmkommission der CDU haben einen guten ersten Diskussionsentwurf für ein Zukunftsprogramm der CDU vorgelegt. An diesem Programm wird in den nächsten Wochen weitergearbeitet. Selbstverständlich finden auch Gespräche mit der CSU über ein gemeinsames Wahlprogramm der beiden Unionsparteien statt. Eine erste Beratung des Programmentwurfs der CDU erfolgt am 30. April 1998 im CDU-Bundesvorstand. Die Unionsparteien werden – wie schon bei den vergangenen Bundestagswahlen – mit einem gemeinsamen Programm vor die Wähler treten.

Bild 8. April 1998

Die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt verfestigt sich

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Im dritten Monat in Folge sind in Westdeutschland die Arbeitslosenzahlen niedriger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Bedauerlicherweise sind die Arbeitslosenzahlen in Ostdeutschland noch höher als vor einem Jahr. Dieses ist aber nicht auf eine allgemein schlechte wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern zurückzuführen, sondern vor allem auf die Probleme in einer einzelnen Branche, nämlich der Bauwirtschaft.

Zahl der Kurzarbeiter rückläufig

Hier müssen die überhöhten Kapazitäten, die nach der Wiedervereinigung aufgebaut wurden, dem tatsächlichen Bedarf angepaßt werden. Besonders hervorzuheben ist die rückläufige Zahl der Kurzarbeiter, die

sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern deutlich zurückgegangen ist. In Gesamtdeutschland sank diese Zahl um rund 120.000.

Offene Stellen auch in Ostdeutschland

Positiv ist ebenfalls die Zunahme der offenen Stellen in Ost- und Westdeutschland. In beiden Teilen Deutschlands zusammen können die Arbeitsämter fast 1/2 Million offene Stellen anbieten. Da nicht alle offenen Stellen den Arbeitsämtern gemeldet werden, dürfte die tatsächliche Zahl noch höher liegen.

Die Zahlen zeigen: Der Standort Deutschland hat den turn-around geschafft. Es gilt jetzt, die Bemühungen um eine weitere positive Entwicklung verstärkt voranzutreiben. Die durchgeführten Reformmaßnahmen dürfen nicht zurückgedreht werden.

Lehrstellenaktion „100 plus“

Die CDU Erftkreis hat 1997 mit ihrer erfolgreichen Aktion „100 plus“ gezeigt, daß Unternehmer trotz aller Unkenrufe bereit sind, Lehrlinge auszubilden.

„Über 100 zusätzliche Lehrstellen konnte die CDU Erftkreis aufgrund ihrer Bemühungen dem Arbeitsamt melden, ein tolles Ergebnis“, so CDU-Kreisgeschäftsführer Michael Arntz.

Die Aktion wird auch im Jahr 1998 fortgesetzt. Vor wenigen Tagen hat die

CDU erneut ihre Aktion „100 plus“ gestartet. In dieser Zeit konnten bereits 23 Lehrstellen dem Arbeitsamt als Kooperationspartner der Aktion gemeldet werden. Ziel der Aktion in Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft und dem Arbeitsamt ist es, jedem Bewerber im Erftkreis eine Lehrstelle anbieten zu können.

Weitere Informationen können über das CDU-Aktionstelefon unter (0 22 34) 1 71 19 abgerufen werden.

In Übereinstimmung mit dem Grundgesetz

Bundesverfassungsgericht verwirft Verfassungsbeschwerde zur Festlegung der Teilnehmerstaaten an der EURO-Zone.

Das Bundesverfassungsgericht hat einstimmig zu den anhängigen Verfassungsbeschwerden des Herrn Professors Dr. Hans Heinrich Rupp, des Herrn Dr. Wilhelm Hankel, des Herrn Dr. Wilhelm Nölling, des Herrn Professors Dr. Karl Albrecht Schachtschneider und des Herrn Dr. Dr. Joachim Starbatty erklärt: „Die Verfassungsbeschwerden werden verworfen.“ In seiner Begründung weist das Bundesverfassungsgericht darauf hin, daß die Verfassungsbeschwerden „offensichtlich unbegründet“ sind.

Die Bundesregierung sieht diese Entscheidung als eine eindeutige Bestätigung ihrer Position an, daß das von ihr vorgesehene Verfahren zur Festlegung der Teilnehmerstaaten an der EURO-Zone in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993 steht.

Die Bundesregierung begrüßt, daß sich damit – entsprechend dem Kabinettsbeschluß der Bundesregierung vom 27. März 1998 – der Deutsche Bundestag und der Bundesrat mit der Festlegung der Teilnehmer befassen können und die Staats- und Regierungschefs am 2. Mai 1998 darüber entscheiden werden.

Kommentare

Großes Bauwerk

Eine bedeutende Stunde im Bundestag: Nach der Wiedervereinigung ist Deutschland nun endgültig auf dem Weg in ein vereintes Europa. Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl – die großen Kanzler der großen Volksparteien haben Stein für Stein dieses Bauwerk geschaffen. Über alle Parteigrenzen hinweg wurde dem Lebenswerk dieser Männer gestern Respekt gezollt. Der Bürger empfand es als wohltuend, daß Politiker in wichtigen Stunden Wahlkampfgezänk auch mal vergessen können.

Bild

Der EURO kommt

Der EURO kommt, und zwar im vorgesehenen Zeitplan. Wer daran bisher gezweifelt, vielleicht auf eine Verschiebung gehofft hat, wurde gestern gleich zweimal eines anderen belehrt. Zunächst wies das Bundesverfassungsgericht die Klage von

vier Professoren gegen die Einführung der Europa-Währung und eine andere Beschwerde ab – und das nicht aus formalen, sondern aus inhaltlichen Gründen. Wenige Stunden später verabschiedete der Bundestag – nur gegen die Stimmen der PDS – ein EURO-Einführungsgesetz. Das regelt Einzelheiten für die Zeit zwischen 1999 und 2002, wenn EURO und D-Mark nebeneinander gelten sollen. Doch debattiert wurde gestern nicht über eher technisch-finanzwirtschaftliche Details, sondern vor allem über Grundsatzfragen des weiteren Wegs Europas. So nahm die Debatte als gegeben vorweg, was formell erst am 23. und 24. April in Bonn beraten werden soll: den Beitritt Deutschlands zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.

Einen Weg ohne den EURO gibt es nicht. Darin waren sich Bundeskanzler Kohl, Bundesfinanzminister Waigel, SPD-Chef Lafontaine, FDP-Chef Gerhardt und der Grüne Fischer einig.

Rheinische Post

Schröder unterschätzt den Mittelstand

Zu den Äußerungen von Gerhard Schröder, eine ganze Reihe mittelständischer Firmen würde die Einführung des EURO nicht überleben, erklärte der Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, Peter Rauen:

Die Einführung des EURO wird gerade den kleinen und mittleren Unternehmen große Vorteile bringen. Herr Schröder versteht offenbar nicht, daß gerade diese Unternehmen sich durch ihre große Flexibilität und Innovationsfähigkeit auszeichnen. Daher wird die Einführung des EURO dem Mittelstand weniger Probleme machen als Herrn Schröder, der von einer „kränkelnden Frühgeburt“ spricht.

Wer sich jedoch wie die SPD für die doppelte Preisauszeichnung einsetzt und damit die Kosten beispielsweise im Be-

reich des Handels unnötig erhöhe, so Rauen weiter, tue allerdings viel dafür, zusätzliche Belastungen für den Mittelstand bei der EURO-Einführung zu schaffen.

Arbeitsplätze werden sicherer, Investitionen nehmen zu

Die Einführung des EURO befreie die deutsche Wirtschaft von währungsbedingten Transaktions- und Kurssicherungskosten. Dies sei gerade für kleine und mittlere Unternehmen, denen starke Wechselkurschwankungen besonders zu schaffen machten, sehr positiv. Weiterhin nehme die Planungs- und Kalkulationssicherheit durch den Wegfall der Wechselkursrisiken zu.

Die Arbeitsplätze werden hierdurch sicherer, die Konjunkturentwicklung wird ausgeglichener, und die Investitionstätigkeit wird stärker.

Preisindexierungsverbot gilt auch nach der Umstellung auf den EURO weiter

Zur Beratung des EURO-Einführungsgesetzes im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages erklärte der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Gres:

Mit dem EURO-Einführungsgesetz ist im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages u. a. auch eine Nachfolgeregelung für das gegenwärtige Indexierungsverbot nach dem Währungsgesetz verabschiedet worden.

Damit bleibt es bei dem derzeitigen Verbot von automatisch wirkenden Preisindexregelungen. Ausnahmen hiervon – insbesondere Indexierungen im langfristigen Bereich, im Außenwirt-

schaftsbereich und auf dem Geld- und Kapitalmarkt – entsprechen der bisherigen Rechtslage nach dem Währungsgesetz. Das Bundesministerium für Wirtschaft ist ermächtigt, entsprechende typisierende Ausnahmeregelungen zu erlassen und auch die gesetzlichen Ausnahmen vom Indexierungsverbot im Verbraucherschutzinteresse durch Verordnungen ggfs. einzuschränken.

Damit ist eine gute Regelung gefunden worden, die die Interessen der Wirtschaft an Rechtssicherheit, die Preisstabilität im Lande und die Verbraucherschutzinteressen in angemessener Form berücksichtigt.

Grüne Verblendung: Mit uns nicht!

Unter Verantwortung der CDU-geführten Bundesregierung hat die Steuerquote mit 21,9 Prozent 1997 ihren niedrigsten Stand seit Jahrzehnten erreicht und damit sogar noch den Wert von 22,7 Prozent im Jahr 1990 unterschritten. Das Programm „Grün ist der Wechsel“ verspricht hier einen Wechsel in die andere Richtung.

Allein 100 Milliarden DM wollen die Grünen bei Bürgern und Unternehmen abkassieren. Dies treibt die Steuerbelastung um fast 3 Prozentpunkte auf 24,7 Prozent. Damit wäre die Steuerquote nicht mehr weit vom Höchststand unter Verantwortung der SPD (25,1 Prozent 1977) entfernt.

Zum „grünen“ Gruselkabinett an Steuererhöhungen gehören:

- Einführung einer Energiesteuer – zu Lasten energieintensiver Branchen und Verbraucher;

- Erhöhung der Mineralölsteuer auf 5 DM – zu Lasten des Automobilsektors, von Pendlern und sozial Schwächeren. Dies bedeutet Mehrausgaben für den Benzinverbrauch in Höhe von rund 4.500 DM bei durchschnittlicher Fahrleistung;

- Einführung einer Schwerverkehrsabgabe – zu Lasten des Transportgewerbes,

- Abbau ökologisch schädlicher Subventionen. Meinen die Grünen damit doch die Abschaffung der Kilometer-Pauschale?

- drastische Anhebung der Kerosinsteuer auf ebenfalls 5 DM – zu Lasten des Flugzeugbaus und der Bürger. Allein bei einer Anhebung auf 1,33 DM je Liter kostet ein Flug nach Mallorca 130 DM, auf die Kanaren 320 DM und nach Thailand 900 DM mehr;

- Anhebung der Landegebühren – zu Lasten der Tourismusbranche;

- Einführung einer Bodenwertsteuer zur Verteuerung der Bodenpreise – zu Lasten von Wohneigentümern, Mietern und Unternehmen;

- Einführung eines ökologischen Abgabensystems (Versiegelungsabgabe);

- Belastung von Betrieben, die nur wenige Teilzeitarbeitsplätze anbieten;

- Einführung einer Umlage zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen – zu Lasten von Betrieben;

- Ablehnung der Senkung des Solidaritätszuschlages;

- Absenkung des Eingangssteuersatzes nur auf 18,5 Prozent und des Höchststeuersatzes auf nur 45 Prozent. Die große Steuerreform ist mit 15 bzw. 39 Prozent nicht nur weitergehender, sondern auch leistungs- und beschäftigungsfreundlicher,

- Abschaffung des Ehegattensplittings – zu Lasten der Familien mit einem Verdiener oder einem weiteren Verdiener mit geringem Einkommen;

- keine Nettoentlastung bei der Steuerreform – zu Lasten der Steuerzahler und der arbeitsplatzschaffenden und -erhaltenden Unternehmen;

- Einführung einer Wertschöpfungsabgabe – zum Nachteil der Betriebe und des „kleinen Mannes“, der die Lasten letztlich tragen muß.

- Einführung einer Vermögensabgabe – zu Lasten von Arbeitsplätzen,

- Wiedereinführung der Vermögensteuer – zu Lasten auch von Betrieben und damit von Arbeitsplätzen;

- Erhöhung der Erbschaft- und Schenkungsteuer durch Ansatz des tatsächli-

chen Wertes – zu Lasten der Erbenden und von Betrieben;

- stärkere Erfassung und Besteuerung von Kapitaleinkommen und damit auch von Ersparnissen – zu Lasten der Sparer und der Kapitalversorgung von arbeitsplatzschaffenden und -erhaltenden Investitionen;

- Einführung einer Umsatzsteuer auf Devisengeschäfte – zu Lasten der Kapitalversorgung von arbeitsplatzschaffenden und -erhaltenden Investitionen.

Auch mit der Senkung der **Lohnnebenkosten** ist es nicht weit her: Sie werden wieder in die Höhe getrieben,

- indem Reformen bei der gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, dem Kündigungsschutz, dem Schlechtwettergeld, der Rentenreform und der Gesundheitsreform wieder zurückgedreht werden sollen;

- indem neue Ausgaben versprochen werden wie durch die individuelle Aufstockung von Rentenanwartschaften, vollständige Anerkennung von Erziehungszeiten, verbesserte Anerkennung von Bildung, Weiterbildung und Pflegearbeit, Aufstockung von niedrigen Rentenbeiträgen, Ausklammerung „schlechter“ Versicherungsjahre, Ausbau des Leistungskatalogs bei der Pflegeversicherung.

Hinzu kommen andere **Maßnahmen zur staatlichen Lenkung und Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung und Gefährdung von Arbeitsplätzen:**

- Technikfeindlichkeit durch die Ablehnung neuer Technologien, insbesondere der Gentechnologie, die Beendigung des Transrapid – einer Meisterleistung deutscher Ingenieurskunst –, den

Ausstieg aus Atomenergie, Forschung zur Kernfusion und der bemannten Raumfahrt;

- staatlicher Dirigismus im unternehmerischen Bereich durch Bindung von Lohnkostenzuschüssen an Investitionstätigkeit mit Nachbeschäftigungspflicht; Arbeitszeitverkürzung mit einem differenzierten Lohnausgleich, Einschränkung der unternehmerischen Dispositionsfreiheit durch die Einschränkung der Spielräume für Überstunden und Informations- und Beteiligungsrechte der Beschäftigten in Produktionstechnik, Produktgestaltung, betrieblicher Arbeitsmarktpolitik, Investitionsentscheidungen, die Beeinflussung der Geschäftspolitik von Großunternehmen durch Verbraucher- und Umweltverbände, den Aufbau selbstverwalteter und genossenschaftlicher Unternehmen;

- Mobilitätsbehinderung von Bürgern und Unternehmen durch Einsparung bei Mitteln aus dem Autobahn- und Fernstraßenbau und Umschichtung in Radwege und Schienen, durch weitere Verkehrsberuhigung, die Ablehnung des Ausbaus von Wasserstraßen, insbesondere der Elbe, durch Nachtflugverbote, Begrenzung des Flugverkehrs und Abbau des innerdeutschen Flugverkehrs.

Mit Kostenwahrheit hat dies wenig zu tun. Umverteilung, Abkassieren, staatliche Lenkung, Bevormundung stehen an erster Stelle. Dem Primat der Ökologie muß sich offensichtlich alles und jeder unterordnen. Die von den Grünen versprochene Senkung der Lohnnebenkosten und Schaffung von Arbeitsplätzen kann so nicht aufgehen. Grün ist allenfalls der Wechsel zur freien Fahrt für ein beschleunigtes Ansteigen der Arbeitslosigkeit durch das Verschärfen der Steuer- und Abgabenschraube, die Reglementierung der Wirtschaftsabläufe, die Steuerung von Kapital- und Investitionsströmen durch den Staat. ■

Regierung unterstützt längere Frist bei der Heimpersonalverordnung

Alten- und Pflegeheime sollen erst Ende September des Jahres 2000 gewährleisten müssen, daß in ihren Einrichtungen bei betreuenden Tätigkeiten jeder zweite Beschäftigte eine Fachkraft ist.

Die bisher in der Heimpersonalverordnung vorgesehene Frist, nach der diese Fachkraftquote von 50 Prozent bereits Ende September 1998 erfüllt werden müßte, soll um zwei Jahre verlängert werden.

Diesem Vorschlag von Bundesseniorenministerin Claudia Nolte schloß sich am 1. April das Bundeskabinett an. Grund der Fristverlängerung ist die Tatsache, daß eine Reihe von Heimen die Fachkraftquote bis Ende September dieses Jahres nicht erfüllen kann.

Die Ministerin wird nun so schnell wie möglich eine entsprechende Änderung der Verordnung vorlegen und diese dem Bundesrat zuleiten. Da es sich um eine Ministerverordnung handelt, die keine Gesetzesänderung zur Folge hat, muß lediglich die Länderkammer zustimmen.

Claudia Nolte berichtete im Kabinett über die beiden Gespräche, die sie und ihre Kollegen Norbert Blüm und Horst Seehofer zum einen mit Vertretern der Wohlfahrtsverbände, der privaten Heimträger, der Pflegeberufe, der Pflegekassen, der

kommunalen Spitzenverbände und zum anderen mit den Bundesländern über die Thematik geführt haben. Dabei hatte der Vorschlag einer Fristverlängerung breite Zustimmung gefunden.

Die Übergangsfrist von zwei Jahren soll für Gespräche darüber genutzt werden, welcher gemeinsame Weg gefunden werden kann, um das Heimrecht mit seiner Heimpersonalverordnung und die Pflegeversicherung besser aufeinander abzustimmen. Ziel der beteiligten Minister bleibt dabei eine stärkere Verantwortung der Pflegekassen und der Sozialhilfeträger für eine gute Pflege- und Betreuungsqualität in Heimen.

Unverändert hohe Pflegequalität

Seniorenministerin **Claudia Nolte:** „Wir werden auch in Zukunft eine gute Qualität der Pflege und Betreuung in Heimen sichern. Die Verlängerung der Übergangsfrist verschafft uns die Zeit, um in Ruhe eine dauerhaft tragfähige Lösung zu finden. Um einen Konsens über das Jahr 2000 hinaus herzustellen, halte ich es für besonders wichtig, daß Kriterien für die Bemessung des Personalbedarfs in Heimen entwickelt werden. Nach meinem Eindruck lassen sich so Befürchtungen, es solle Pflegequalität reduziert werden, am wirksamsten widerlegen.“

Innovation durch Telekommunikation

Im Rahmen dieser Reihe, die mit der Veranstaltung „Internet & Politik“ begonnen wurde, findet am 6. Mai im Bonner Konrad-Adenauer-Haus eine Fachkonferenz mit dem Thema „Telekommunikation zwischen Regulierung und Deregulierung“ statt. Veranstalter ist die Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine Podiumsdiskussion befaßt sich mit dem liberalisierten Markt, dem Liberalisierungsprozeß und mit den Perspektiven der Marktöffnung. Die Veranstaltung beginnt um 16.00 Uhr und dauert bis ca. 19.30 Uhr.

IHK-Reform verabschiedet – Beitragsbefreiung für Kleinbetriebe

Zur Verabschiedung des IHK-Gesetzes erklärte der mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansjürgen Doss:

Mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und SPD hat der Deutsche Bundestag am 2. April die Änderung des IHK-Gesetzes verabschiedet.

Kernpunkt ist eine Beitragsbefreiung für Kleinwerbetreibende mit besonders niedrigen Erträgen von in der Regel nicht mehr als 10.000 DM pro Jahr. Gleichzeitig wird durch ein spezielles Verfahren sichergestellt, daß eine Kammer die Zahl der beitragsbefreiten Unternehmen auf ein Drittel ihrer Mitglieder begrenzen kann. Auf diese Weise wird sichergestellt, daß einerseits wirkliche Kleinstbetriebe von der Beitragspflicht zur IHK befreit werden, andererseits eine verfassungsrechtlich notwendige Basis von zahlenden Mitgliedern für die Kammern gewährleistet ist.

Der für natürliche Personen und Personengesellschaften geltende Freibetrag bei der Berechnung der Umlage wird von 15.000 auf 30.000 DM verdoppelt.

Die Beitragsregelung für Freiberufler, die neben ihrer Berufskammer gleichzeitig Mitglied einer IHK sind (z. B. als Freiberufler-GmbH), wird auf eine stark reduzierte Bemessungsgrundlage gestellt: Die Veranlagung erfolgt auf der Basis von einem Zehntel ihres Jahresgewinns.

In einem Entschließungsantrag zum IHK-Gesetz hat der Deutsche Bundestag gleichzeitig betont, daß die Kammern eventuelle Sonderprobleme im Beitragswesen unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten des Einzelfalls im

Zweifel grundsätzlich zugunsten der Unternehmen lösen sollen.

Ausdrücklich hat der Deutsche Bundestag die Kammern in den neuen Ländern aufgefordert, ihre bisherige Praxis bei der Veranlagung landwirtschaftlicher Unternehmen in der Rechtsform der GmbH (Nachfolgebetriebe der früheren LPGs) weiterhin anzuwenden, wonach diese Unternehmen lediglich auf der Grundlage desjenigen Gewerbeertrags zur Umlage herangezogen werden, der nachweislich auf gewerbliche bzw. nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit entfällt.

... aber auch eine notwendige Basis von zahlenden Mitgliedern ist gewährleistet.

Darüber hinaus hat der Gesetzgeber den Industrie- und Handelskammern eine Reihe deutlicher Erwartungen „ins Stammbuch geschrieben“: Steigerung von Effizienz und Transparenz, Abbau kammerinterner Bürokratie und stärkere Ausrichtung am Gedanken der Selbstverwaltung und Dienstleistung für die Mitgliedsunternehmen.

Das System der Kammern als öffentlich-rechtlicher Körperschaften mit Pflichtmitgliedschaft der Betriebe basiert grundlegend auf der Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben (Berufsbildung, Prüfungswesen, Sachverständigenbestellung u. v. m.), die ansonsten – im Zweifel teurer – von staatlichen Behörden zu erfüllen wären, daneben aber auch auf der Anerkennung durch die Mitgliedsunternehmen. Daran zu arbeiten, ist Auftrag für alle Kammern. ■

Deutschland hat die größte Stellenbörse der Welt

Zur Notwendigkeit von Reformen bei der Bundesanstalt für Arbeit erklärte der Haushaltspolitiker Hans-Joachim Fuchtel, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Seit dem 2. April hat Deutschland die größte Internet-Stellenbörse der Welt. Vorteil für Unternehmer: Stellenauswahl direkt vom Schreibtisch aus, rund um die Uhr. Vorteil für Arbeitnehmer: besserer Überblick über die Möglichkeiten, schnellere Vermittlung, früher wieder in Arbeit. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bei der Bundesanstalt für Arbeit nachhaltig auf eine Beschleunigung der Vermittlung gedrungen. Die durchschnittliche Vermittlungsdauer einer als offen

gemeldeten Stelle beträgt trotz steigender Arbeitslosenquote bislang über 30 Tage. Das Internet wird die Routinevermittlungen beschleunigen.

Die Vermittler sollen neue Aufgabenschwerpunkte erhalten. Sie können sich nun verstärkt denjenigen widmen, die größere Unterstützung benötigen. Außerdem ist es Vermittlern bei freierwerdenden Kapazitäten möglich, in stärkerer Kooperation mit den Betrieben durch Abbau von Überstunden neue Arbeitsverhältnisse zu schaffen – unter Nutzung des gesamten Konzeptes der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Allein die Reduzierung der Vermittlungsdauer um einen Tag würde 400 Mark Einsparungen bringen.

Auch weiterhin Sonderwohngeld-Ost

Der Sprecher der ostdeutschen Unionsabgeordneten, **Paul Krüger**, und der Vorsitzende der Landesgruppe Thüringen, **Norbert Otto**:

Wir ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten begrüßen die Zusage der Bundesregierung, daß das ostdeutsche Wohngeld weitergeführt wird. Die Bundesregierung hat zugesichert, daß von der Option zur weiteren Verlängerung des Sonderwohngeldes-Ost auf jeden Fall auch dann Gebrauch gemacht wird, wenn eine Einigung mit den Ländern über eine gesamtdeutsche Wohngeldnovelle nicht zustande kommt. Damit ist nun endgültig sichergestellt, daß den ostdeutschen Mietern das Sonderwohngeld-Ost auch weiterhin zur Verfügung steht.

Bei Lehrstellen Zuwachs um 9 %

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat im ersten Quartal dieses Jahres ein Lehrstellen-Plus verzeichnet. Bis Ende März seien in Industrie und Dienstleistung 64.580 Verträge abgeschlossen worden.

Dies seien 5.480 Plätze oder gut neun Prozent mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. Bei diesem positiven Start seien die von DIHT-Präsident Hans Peter Stihl zugesagten 300.000 neuen Verträge für dieses Jahr realistisch. Im Bereich des DITH wurden im vergangenen Jahr laut Berufsbildungsbericht 286.194 Verträge geschlossen. Immer mehr Plätze werden in neuen Ausbildungsberufen angeboten. Das gelte besonders für Informations- und Telekommunikationsberufe.

Erfolg für die Union – Versorgungslücke ist geschlossen

Zur Verabschiedung des Versorgungsreformgesetzes erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Clemens Schwalbe:

Der Gesetzentwurf zum Versorgungsreformgesetz am 6. April ist ausschließlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP der im Deutschen Bundestag verabschiedet worden.

Der Gesetzentwurf, der wesentliche Verbesserungen für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in den neuen Ländern regelt, geht auf die Initiative der ostdeutschen Unionsabgeordneten zurück.

Der Gesetzentwurf stellt sicher, daß die sog. Versorgungslücke für Polizei-, Justizvollzugsbeamte, Soldaten und Berufsfeuerwehrleute geschlossen wird.

Die Versorgungslücke war durch das Auseinanderklaffen vom Beginn der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung ab dem 65. Lebensjahr

und den besonderen vorgezogenen Ruhestandsregelungen der o. g. Berufsgruppen entstanden. Diese müssen in der Regel mit Beendigung des 60. Lebensjahres aus dem aktiven Dienst ausscheiden, Soldaten, je nach Dienstgrad schon mit Vollendung des 53. Lebensjahres. Für diese Berufsgruppen erhöht sich nun zwischen dem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Dienst und dem Zeitpunkt, ab dem eine Rente aus der Rentenversicherung gezahlt wird, die Höhe der Pension.

Die Tatsache, daß der Gesetzentwurf ausschließlich von den Abgeordneten der Regierungsfractionen verabschiedet worden ist, zeigt, wie wenig ernst es den Vertretern der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS mit der Wahrnehmung der Interessen der Bevölkerung in Ostdeutschland ist. Offensichtlich bevorzugen es die Vertreter der Opposition, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Ostdeutschland auf dem Altar durchsichtiger Wahlkampfstrategien zu opfern.

Asylberechtigte reisen immer öfter in die Heimat

Anerkannte Asylbewerber reisen offenbar immer öfter in ihr Heimatland und halten sich dort wochen- und monatelang auf. Das Nürnberger Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge erfahre zunehmend von solchen Fällen, hieß es in einer Mitteilung. Dies lasse sich mit der Behauptung anhaltender politischer Verfolgungsgefahr nicht vereinbaren. Die

Behörde prüfe dann „den Fortbestand der Gründe für das Asylrecht“. Auffallend hoch sei die Zahl der irakischen Staatsangehörigen, die kurze Zeit nach ihrer Anerkennung als Asylberechtigte in den Nordirak reisten und sich dort oft mehrere Monate lang aufhielten, „bevor sie anschließend unbehelligt ins Bundesgebiet zurückkehren“.

Stimmen zur NATO-

Osterweiterung

„Wir exportieren Stabilität“, sagte Bundesverteidigungsminister Volker Rühe bei einem deutsch-polnischen Kolloquium zur NATO-Osterweiterung Anfang April 1998 in Berlin. Rühe sprach sich gegen eine längere Pause vor einer zweiten Erweiterungsrunde aus. Gute Chancen hätten Slowenien, Rumänien und möglicherweise Bulgarien. Eine **Politik der offenen Tür** verfolge die NATO gegenüber weiteren Beitrittskandidaten. Dies sicherte NATO-Generalsekretär Javier Solana seinen Gesprächspartnern in Slowenien, der Slowakei und Rumänien während verschiedener Reisen in den vergangenen Wochen zu.

„Die ersten neuen Mitglieder der NATO sollten nicht ihre letzten sein“, so US-Präsident Bill Clinton in seiner Erklärung zur NATO-Öffnung am 20. März 1998. Clinton bekräftigte den Kurs der Erweiterung: „Die neue NATO kann die Segnungen von Freiheit und Sicherheit in ein neues Jahrhundert ausdehnen.“

**WAHL-
KAMPF
1998**

SICHERHEITSPOLITIK

NATO-Osterweiterung: Mehr Sicherheit in Europa

Der Deutsche Bundestag hat am 26. März 1998 dem NATO-Beitritt Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik mit großer Mehrheit zugestimmt. Von 622 Abgeordneten votierten 555 für das Ratifizierungsgesetz, 37 Parlamentarier stimmten mit Nein. 30 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Grüne und PDS vereint in Anti-NATO-Block

Scharf zu verurteilen ist das Abstimmungsverhalten der Grünen. Sechs grüne Abgeordnete votierten gegen das Ratifizierungsgesetz, 25 enthielten sich, und nur 14 grüne Parlamentarier stimmten für die NATO-Osterweiterung. Die Grünen befanden sich dabei in guter Gesellschaft. Die PDS stimmte geschlossen gegen den Beitritt der drei Reformstaaten. Die Grünen haben sich damit von jeder ernstzunehmenden Außen- und Sicherheitspolitik verabschiedet.

Erfolg deutscher Außenpolitik

Die CDU unterstützt die Öffnung der NATO nach Osten mit großer Entschiedenheit. Die jahrzehntelange Teilung unseres Kontinents wird dadurch endgültig aufgehoben. Der Stabilitätsraum in Europa wird so noch größer.

Die Bundesregierung hat sich seit Jahren intensiv für eine Aufnahme ostmitteleuropäischer Staaten in das Atlantische Bündnis ausgesprochen. Die jungen Reformdemokratien benötigen Unterstützung und eine klare sicherheitspolitische Perspektive. Der Madrider NATO-Gipfel vom Juli 1997, auf dem die drei Staaten als erste Beitrittskandidaten eingeladen wurden und die für 1999 bevorstehende Aufnahme Polens, Tschechiens und Ungarns ist so mit ein wichtiger Erfolg deutscher Außenpolitik.

Doppeltes deutsches Interesse

Die Erweiterung von Europäischer Union und NATO gehört zu den wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Aufgaben der Zukunft. Durch die Osterweiterung der NATO wird der Prozeß der europäischen Einigung vorangetrieben. Indem unsere östlichen Nachbarn EU-Partner und NATO-Verbündete werden, verbessert sich unsere geostrategische Lage und werden unsere Ostgrenzen sicherer.

Die „Neue NATO“

Die CDU steht fest zur NATO. Die NATO war nie nur Verteidigungsbündnis, sondern stets auch Wertegemeinschaft demokratischer Staaten. Indem 1999 erstmals Staaten der NATO beitreten, die früher dem Warschauer Pakt angehörten, wird deutlich, wie attraktiv und überzeugend das Konzept „Neue NATO“ ist.

Unser Ziel ist der Aufbau einer umfassenden Sicherheitsstruktur für ganz Europa. Neue Grenzlinien und sicherheitspolitische Grauzonen darf es nicht geben. Jeder Staat Europas hat das Recht, selbst zu entscheiden, welchem Bündnis er beitreten will. Dies gilt auch für die baltischen Staaten. Eine Grenzlinie, jenseits derer eine NATO-Erweiterung nicht möglich ist, lehnt die CDU ab.

Die NATO kann jedoch nicht alle Beitrittskandidaten gleichzeitig aufnehmen. Die NATO-Osterweiterung wird daher Schritt für Schritt erfolgen. Die Aufnahme mit Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik im Jahre 1999 ist ein erster Schritt.

Keine Ausgrenzung Rußlands

Die Erweiterung der NATO und gute Beziehungen zu Rußland schließen einander nicht aus. Fundamente der strategischen Sicherheitspartnerschaft mit Rußland sind das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen Europäischer Union und Rußland vom 24. Juni 1994, die am 27. Mai 1997 zwischen der NATO und Rußland geschlossene „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit“ und der NATO-Rußland-Rat.

Deutschland und die NATO haben den festen Willen, die Beziehungen zu Rußland weiter auszubauen. Es kann keine Rede davon sein, daß Rußland durch die NATO-Osterweiterung isoliert werden würde. In den neuen NATO-Staaten werden weder Kernwaffen noch NATO-Truppen stationiert.

Unser Ziel: Eine Euro-Atlantische Sicherheitsgemeinschaft

Die Richtung von CDU und Bundesregierung ist klar: Öffnung und Erweiterung der NATO, transatlantische Freundschaft, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP), der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat und gute Beziehungen zu Rußland und der Ukraine. Dies sind die wesentlichen Stützen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.

Stichworte

„Partnerschaft für den Frieden (PfP)“

Das am 1. Januar 1994 begründete Programm „Partnerschaft für den Frieden“ hat das Ziel, die politisch-militärische Kooperation mit den MOE-Staaten, mit bündnisfreien Staaten und den Mitgliedern der GUS zu stärken. Als praktisches Sofortprogramm ermöglicht es diesen Staaten die aktive Teilnahme an NATO-Gremien und an gemeinsamen Manövern mit NATO-Staaten. Weitere Inhalte der Zusammenarbeit im Rahmen der PfP sind die größere Transparenz der Militärhaushalte und die Verbesserung der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte. Bislang sind 27 Staaten der Einladung zum PfP gefolgt.

Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat (EAPR)

Der im Mai 1997 gegründete Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPR) soll die politischen Konsultationen zwischen den Ländern Ost- und Mitteleuropas und der NATO intensivieren. Hervorgegangen aus dem Nordatlantischen Kooperationsrat (NAKR) bildet der EAPR ein Netzwerk, das die militärischen Aspekte des PfP und die politischen Ebenen umfaßt. Der EAPR setzt sich aus 44 Mitgliedsländern zusammen: den 27 PfP-Partnerstaaten, Tadschikistan und den 16 NATO-Staaten.

Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie

CDU hält an Ausgleichsregelung und Vertragsnaturschutz fest

Auf der politischen Tagesordnung steht die Umsetzung der FFH-(Flora-Fauna-Habitat-) Richtlinie, deren Gegenstand der Schutz der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen in Europa ist. Ziel der Richtlinie ist im wesentlichen die Koordinierung der nationalen Natur- und Artenschutzpolitiken und die Schaffung eines europäischen Netzes (NATURA 2000). Die Richtlinie wurde 1989 in Brüssel mit Zustimmung der Bundesregierung verabschiedet.

Zu einem Politikum ist sie geworden, weil sich rot- und rot/grün-regierte Länder einer vernünftigen Umsetzung verweigern. Sie wollen die Richtlinie als Vorwand nehmen, um einen ideologisch motivierten „ökologischen Umbau“ gegen den Willen der Bevölkerung vor Ort voranzutreiben. Konkret heißt dies:

- Naturschutz, ohne die Kosten dafür zu tragen. Bezahlen sollen die Landwirte.
- Verhinderung von Verkehrswegebau, Gewerbeansiedlungen und anderen Infrastrukturprojekten.

Einige Länder schaffen bereits Fakten durch die Meldung entsprechender Gebietskulissen nach Brüssel. Die grünen Umweltminister in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein – die rote Landesregierung in Niedersachsen steht ihnen allerdings diesbezüglich wenig nach – planen unter Hinweis auf die FFH-Richtlinie die Ausweisung neuer Naturschutzgebiete im großen Stil.

Dies ist glatter Mißbrauch. Die Richtlinie läßt in ihrer Umsetzung den Ländern näm-

lich erhebliche Spielräume. Sie fordert sogar, daß Rücksicht auf die wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und regionalen Anforderungen genommen wird. Keinesfalls müssen, wie häufig behauptet, alle FFH-Gebiete als Naturschutzgebiete ausgewiesen sein. Die EU überläßt es den Ländern, den konkreten Rechtszustand der besonderen Schutzgebiete festzulegen. Die Anforderungen der FFH-Richtlinie können auch mit den Instrumenten des Vertragsnaturschutzes sichergestellt werden.

Von Reimer Böge MdEP, Vorsitzender des Bundes- fachausschusses Agrarpolitik

Die CDU fordert die sachgerechte Umsetzung der FFH-Richtlinie in Deutschland. Das heißt:

- Für Land- und Forstwirtschaft muß es vernünftige Ausgleichsregelungen geben, wenn im Rahmen der Umsetzung der FFH-Richtlinie Naturschutzgebiete mit erheblichen Nutzungseinschränkungen ausgewiesen werden. Wir wenden uns gegen eine schleichende Aushöhlung und Entwertung des Eigentums. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen begleitend einen neuen Entwurf zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes eingereicht, dessen wichtigstes Ziel eine Ausgleichsregelung für finanzielle Belastungen durch über die Anforderungen der guten fachlichen Praxis hinausgehende Auflagen im Zuge der Naturschutzgesetzgebung ist. Der Gesetz-

entwurf sieht vor, den Ausgleich nach Landesrecht zu gestalten, so daß die Länder ihre Zustimmung nun nicht mehr mit dem Argument, ihre Zuständigkeit sei nicht ausreichend berücksichtigt, verweigern können.

Die Ausweisung von Naturschutzgebieten, auch im Rahmen der FFH-Richtlinie, liegt ausschließlich in der Verantwortung der Länder. Deshalb liegt bei ihnen auch die Verpflichtung zur Zahlung eines Ausgleichs. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß andere europäische Staaten, zum Beispiel die Niederlande und Irland, selbstverständlich einen Ausgleich für Auflagen in FFH-Gebieten zahlen. Die Verweigerung mancher Bundesländer bedeutet somit auch eine starke Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil der deutschen Bauern.

● Bei der Erfüllung der sich aus der FFH-Richtlinie ergebenden Pflichten muß soweit wie möglich von den Instrumenten des Vertragsnaturschutzes Gebrauch gemacht werden. Bezeichnend ist, daß gerade die rot- und rot/grün-regiierten Bundesländer die bereits bestehenden Möglichkeiten des Vertragsnaturschutzes, auch des EU-mitfinanzierten im Rahmen der Agrarumweltprogramme nach EU-Richtlinie 2078, kaum nutzen. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: In Bayern und Baden-Württemberg wird

Umwelt- und Naturschutz im Rahmen dieser Programme auf 87 Prozent beziehungsweise 56 Prozent der Fläche gefördert, in Nordrhein-Westfalen sind es 2,7 Prozent, in Niedersachsen 2,4 Prozent und in Schleswig-Holstein ganze 1,3 Prozent.

● Bei der Meldung von FFH-Gebieten nach Brüssel müssen die Interessen von Wirtschaft, Verkehr und Kommunen langfristig berücksichtigt werden. Denn: Die Revisionsmöglichkeiten nach erfolgter Meldung von FFH-Gebieten sind gering. Einige Bundesländer begreifen heute noch nicht oder wollen nicht begreifen, welche Selbstbeschränkung sie sich durch die Ausweisung von Naturschutzgebieten als FFH-Gebiete hinsichtlich ihrer Infrastruktur-, Gewerbe- und Baugebietsentwicklung auferlegen.

In den rot/grün-geführten Bundesländern wird deutlich, daß FFH-Meldungen genutzt werden sollen, um Straßenbauprojekte und Flughafenerweiterungen zu verhindern. Für die Kommunen als Träger der Planungshoheit kann dies zur Folge haben, daß ganze Bereiche aus ihrer Planungskompetenz herausfallen. Hier sind die Angelegenheiten der Kommunen im höchsten Maße berührt. Deshalb müssen sie darauf drängen, daß die Gebietskörperschaften bei den künftigen Schutzgebietsausweisungen beteiligt werden. ■

10. Parteitag der CDU in Bremen

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat für den 17. bis 19. Mai zum 10. Parteitag der CDU in die Stadthalle in Bremen eingeladen.

Am 18. Mai gibt der Parteivorsitzende seinen Bericht, für den 19. Mai sind die Berichte des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, des Generalsekretärs

Peter Hintze und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Günter Rinsche, vorgesehen.

„Unsere Politik für das 21. Jahrhundert“ ist das Thema auf dem „Forum 2002“ am Montag, Beratung und Beschlußfassung über einen „Aufruf zur Bundestagswahl 1998“ finden am Dienstag statt.

„Den Blick nach vorn – gemeinsam die Zukunft meistern!“

Unter diesem Motto fanden am letzten Märzwochenende die Landesdelegiertenkonferenz und der Parteitag der nordostdeutschen CDU in Sternberg statt. Neben den Wahlen für die Landeslisten zur Bundestags- und Landtagswahl im September 1998 stand die Verabschiedung des CDU-Wahlprogramms auf der Tagesordnung.

Am Samstag waren 105 Delegierte aus Mecklenburg-Vorpommern zur Landesdelegiertenversammlung gekommen. Sie fuhren vorbei an freundlichen Plakaten, von denen Ministerpräsident Berndt Seite erklärte: „Die Bodenreform ist sicher.“ 5.000 dieser Plakate hatte die CDU eine Woche vor dem Parteitag zur Information der Bürger landesweit gehangen, nachdem die SPD das sogenannte Scholz-Papier zum Anlaß für eine Anzeigenkampagne „Die CDU kippt die Bodenreform. Dies ist Verrat an ostdeutschen Interessen!“ genommen hatte.

Mit eindrucksvollen Ergebnissen wurden die Spitzenkandidaten für die Bundes- und Landtagswahlen nominiert. Berndt Seite erhielt für Platz eins der Landesliste 95,1 Prozent, Angela Merkel für Platz eins der Bundesliste 94,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die CDU geht mit prominenten Namen in den Landtagswahlkampf. Die ersten Listenplätze gingen an die ehemalige Kultusministerin Steffie Schnoor, den Fraktionsvorsitzenden Eckhardt Rehberg, die Umweltpolitikerin Renate Holznagel und Landtagspräsident Rainer Prachtl. Erst danach folgen die CDU-Minister. Dies macht deutlich, daß die CDU mit einem starken Team in den Wahlkampf gehen kann.

Die Landesvorsitzende, Bundesumweltministerin Angela Merkel, forderte die Parteibasis auf, gerade wegen der im Moment schwierigen Situation auf die Menschen zuzugehen. „Wenn wir nicht unsere Ideen unter dem Volk verbreiten, überlassen wir anderen das Feld.“ Die CDU in Mecklenburg-Vorpommern wird alle „Kräfte einsetzen, damit dieses Land nicht in die Hände irgendwelcher rot-roten Experimente fällt“. Deshalb, so die Landesvorsitzende, ist das Wahlziel weiter klar: „Wir wollen 40 Prozent + x. Wir wollen stärkste Partei in Mecklenburg-Vorpommern bleiben.“

Angela Merkel, Berndt Seite und Eckhardt Rehberg führen die CDU Mecklenburg-Vorpommern ins Wahljahr.

Ministerpräsident Berndt Seite machte denn auch deutlich, daß es darum gehen müsse die „Schicksalswahlen“ 1998 zu gewinnen. Er warnte vor der unredlichen und widersprüchlichen Parteiprogrammatik von PDS, SPD und Grünen und forderte dazu auf, diese zu entlarven und die eigenen Vorstellungen um so offensiver zu vertreten. „Unser Land verdient gerade in schweren Zeiten eine realistische, seriöse und menschliche Politik.“ Die Bürger wüßten dies sehr wohl, und deshalb werde die CDU auch die Wahlen gewinnen.

Eckhardt Rehberg fand deutliche Worte für den Hauptgegner SPD. Die Doppelzüngigkeiten des „Möchtegern-Schröder“ Harald Ringstorff seien schon kaum noch zu überbieten. Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen habe dieser keinerlei

Skrupel, die PDS an den Regierungstisch zu holen. Deshalb mußten den Wählerinnen und Wählern die Augen geöffnet werden, „jede Stimme, die nicht für die CDU gegeben wird, ist eine Stimme für die Regierungsbeilegung der PDS“.

Gast der Landesdelegiertenkonferenz war der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble. Er hob hervor, daß nur, wer auf der Höhe

des technischen Fortschrittes sei, in einer zusammenwachsenden Arbeits- und Produktionswelt bestehen könne. Dies aber sei mit Rot-Grün unmöglich. Bergab und damit bequemer, so Wolfgang Schäuble, gehe es mit der SPD. Mit der CDU werde es anstrengend, aber es gehe bergauf.

Zu dem in Mecklenburg-Vorpommern heftig diskutierten Thema Bodenreform machte Wolfgang Schäuble deutlich, daß sich an den gesetzlichen Grundlagen nichts ändern werde. Mit dem sogenannten Scholz-Papier werde die Bodenreform nicht rückgängig gemacht. Gleichzeitig appellierte er aber auch an beide Seiten, mehr Verständnis füreinander aufzubringen.

Die Verabschiedung des Wahlprogrammes der CDU stand im Mittelpunkt des Parteitages am Sonntag, zu dem 150 Delegierte angereist waren. Zentrales Thema ist bei einer Arbeitslosigkeit von 23 Prozent die Lösung der Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Während die SPD die Verringerung der Arbeitslosigkeit nur auf



Nach der Wahl von Berndt Seite zum Spitzenkandidaten der Landtagswahl: v. l. n. r. Wolfgang Schäuble, Angela Merkel, Berndt Seite und Generalsekretär Hubert Gehring

ihre Fahnen geschrieben habe, schaffe die CDU die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze. Dies, so die Landesvorsitzende Angela Merkel, sei nicht nur ein sprachlicher Unterschied. Berndt Seite forderte dazu auf, daß nichts tabu sein dürfe. Man müsse sich nach jedem Arbeitsplatz bücken. Weitere Schwerpunkte im Wahlprogramm sind die Bildungspolitik und die innere Sicherheit. Die CDU verspricht die vollständige Wiedereinführung des Landeserziehungsgeldes, sichert die Beibehaltung des 12jährigen Abiturs zu und will einen ehrenamtlichen Polizeidienst einführen. Mit geringfügigen Änderungen und Ergänzungen wurde das Programm, welches bereits im Vorfeld mit der Parteibasis diskutiert worden war, angenommen.

Zum Abschluß forderte Angela Merkel die 8.500 CDU-Mitglieder auf, im Wahlkampf Tag und Nacht für das Programm der CDU zu werben. Denn eines müsse klar sein: „Wahlkampf ist keine Phase der tarifgebundenen Arbeitszeit.“

Fachhochschulabsolventen den Zugang zum höheren Dienst öffnen

Zu dem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung erklärten der Obmann der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung, Rainer Jork, und der Berichterstatter für Hochschulpolitik, Thomas Rachel:

Die CDU/CSU-Arbeitsgruppe für Bildung und Forschung spricht sich einstimmig dafür aus, daß auch Fachhochschulabsolventen der Zugang zum Vorbereitungsdienst des höheren Dienstes eröffnet wird. Bislang war FH-Absolventen der Zugang zum höheren Dienst verwehrt. Die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die Gleichstellung von FH-Absolventen mit Universitätsabsolventen mit ihrem Antrag erreichen. Wir befürworten eine Stärkung der Fachhochschulen.

Fachhochschulen und Universitäten sind andersartig, aber gleichwertig. Diese christdemokratische Grundposition soll nach unserer Auffassung auch Konsequenz beim Zugang der Absolventen der verschiedenen Hochschulen zum öffentlichen Dienst haben. Der FH-Abschluß darf sich nicht als Sackgasse für den beruflichen Aufstieg im öffentlichen Dienst erweisen.

Im Rahmen der Debatte im Bundestagsausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung über das Versorgungsreformgesetz 1998 hat die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Fraktion deshalb den Antrag eingebracht, daß die Voraussetzungen für den Zugang zum Vorbereitungsdienst des höheren Dienstes nicht nur durch den Abschluß eines Universitätsstudiums, sondern auch durch ein

entsprechendes Fachhochschulstudium erfüllt werden.

Die im Bundesrat diskutierte Lösung, nur den promovierten Fachhochschulabsolventen den Zugang zum höheren Dienst zu eröffnen, wird von uns abgelehnt. Sie bedeutet keine wirkliche Gleichstellung von FH-Absolventen mit den Universitätsabsolventen. Denn auch hier würde nur die Promotion an der Universität und nicht das Fachhochschulstudium den Weg in den höheren Dienst ebnen. Im übrigen ist der Anteil der Fachhochschulabsolventen, die anschließend promovieren, sehr gering, so daß für die breite Masse der FH-Absolventen keine Verbesserung erreicht würde. Eine wirkliche Lösung wird nur mit der von uns eingebrachten Änderung geschaffen.

Im übrigen wäre es eine Ungerechtigkeit, wenn Absolventen ausländischer Master-Studiengänge nach dem Beamtenrechtsrahmengesetz der Zugang zum höheren Dienst ermöglicht wird, aber deutschen FH-Absolventen, die künftig einen grundständigen Master-Studiengang an einer deutschen Fachhochschule abschließen, genau dieser Zugang zum höheren Dienst verweigert wird. Durch den Vorschlag der CDU/CSU-Arbeitsgruppe Bildung und Forschung wird diese Ungerechtigkeit verhindert.

Im Laufbahnrecht der Europäischen Union werden Absolventen eines FH-Studiums mit der heute üblichen Dauer von acht Semestern ebenso wie Absolventen eines Universitätsstudiums bei der Bewerbung um eine Stelle der Laufbahn Gruppe A uneingeschränkt gleich behandelt. Diese Gleichbehandlung wollen die Bildungspolitik der CDU/CSU-Fraktion nun auch im deutschen Recht erreichen.

Argumente

Zu den Vorteilen der Magnetschwebebahn Transrapid

Als Beispiel modernster deutscher Hochtechnologie bestätigt der Transrapid, daß der Standort Deutschland die Herausforderungen der Zukunft annimmt und in der Lage ist, innovative Technologien zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen.

Beginn einer neuen Ära

Zwischen Hamburg und Berlin beginnt eine neue Ära des öffentlichen Fernverkehrs. In wenigen Jahren verbindet eine Magnetschwebebahn die beiden größten Metropolen Deutschlands: das weltweit erste spurgebundene Verkehrssystem, das sich berührungslos ohne Räder forbewegt.

Nach der Wiedervereinigung

Zwischen Hamburg und Berlin haben schnelle Bahnen Tradition. Hier sind seit jeher überdurchschnittlich viele Menschen und Güter unterwegs. Nach der Wiedervereinigung wachsen die Ballungsräume um Hamburg und Berlin besonders dynamisch. Die Verkehrssysteme müssen die entsprechend wachsenden Verkehrsströme verkraften können.

Im S-Bahn-Takt

werden die beiden Weltstädte miteinander verbunden: anfangs alle 20 Minuten, später häufiger. Und mit Tempo 300 braucht der Transrapid für die knapp 300 Kilometer lange Strecke weniger als eine Stunde.

Entlastungseffekte

Der Transrapid wird den Verkehr auf den Straßen zwischen Hamburg und Berlin entlasten. Auf den Flugverkehr kann ganz verzichtet werden. Auch auf der Schiene wird Platz frei: Wenn der Transrapid der Eisenbahn den schnellen Personenverkehr wegnimmt, können mehr Züge im Regional- und Güterverkehr eingesetzt werden.

Konkurrenzlos leise

In die Zentren der beiden Großstädte schwebt der Transrapid mit maximal 250 km/h und ist leiser als die S-Bahn. Die berührungsfreie Technik entwickelt weder Roll- und Antriebsgeräusche noch mechanischen Lärm. Selbst auf freier Strecke ist die Magnetschwebebahn mit Tempo 400 nicht lauter als ein ICE mit Tempo 280.

Solide gerechnet

- Erstmals wird ein Verkehrsinfrastrukturprojekt in „Public-Private-Partnership“ realisiert, das heißt: Chancen und Risiken sind zwischen Bund, Deutscher Bahn AG und Industrie fair verteilt.
- Der Staat stellt zwar anfangs die Mittel für den Fahrweg zur Verfügung. Die Investitionen für die Strecke werden aber vollständig zurückgezahlt.
- Die Industrie beteiligt sich erstmals mit Eigenkapital an der Realisierung eines solchen Projekts.

Sparsamer Landverbrauch

Der Transrapid-Fahrweg wird weitgehend entlang von bereits vorhandenen Verkehrswegen wie Autobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen verlaufen. Denn er nimmt hohe Steigungen und begnügt sich mit kleinen Kurvenradien. Der Bedarf an Grund und Boden für den Doppelspurfahrweg ist geringer als der für Bahntrassen und Autobahnen.

Geringer Energieverbrauch, weniger Schadstoffe

Bei gleicher Leistung braucht der Transrapid weniger Energie als die ohnehin sparsame Eisenbahn, weit weniger noch als Automobil und Flugzeug. Ökologie und Ökonomie sind für ihn kein Gegensatz.

Strenger Wirtschaftlichkeitsmaßstab

Nach Untersuchungen unabhängiger Gutachter wird die Zahl der Passagiere jährlich zwischen 11,4 und 15,2 Millionen liegen. Daraus ergeben sich Erlöse zwischen 800 und 950 Millionen Mark. Die Erlöse decken sowohl die Betriebskosten der Deutschen Bahn AG als auch das Nutzungsentgelt für das Betriebssystem.

Große Chancen auf den Exportmärkten

Vor allem in den USA und in Asien herrscht schon jetzt großes Interesse am Transrapid. Die Chancen werden sich allerdings erst realisieren lassen, wenn Deutschland die Vorteile der neuen Bahn im eigenen Land unter Beweis stellen kann.

Die japanische Magnetfahrtechnik ist dem Transrapid dicht „auf den Fersen“. Schon im nächsten Jahr wird die Entscheidung fallen, ob zwischen Tokio und Osaka eine Anwendungsstrecke für das japanische System gebaut wird.

Wie viele Arbeitsplätze werden durch den Transrapid geschaffen?

Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann: „Die Industrie geht davon aus, daß dieses Projekt allein in der Bauphase mehrere tausend Arbeitsplätze schafft. Davon profitieren werden nicht nur Beschäftigte der beteiligten Unternehmen, sondern auch Arbeitnehmer vor Ort im Nord-Osten Deutschlands entlang der Streckenführung.“

Und nach Abschluß der Baumaßnahmen?

Wissmann: „In der Zeit nach Vollenendung der Strecke ergibt sich ein Arbeitsmarkteffekt von rund 4.500 Stellen. Der Transrapid rauscht also nicht einfach an den Menschen vorbei, sondern schafft langfristig Arbeitsplätze.“

„Die erste Eisenbahn wurde 1825 in England gebaut. Von dort trat sie ihren Siegeszug um die Welt an. Genau 180 Jahre nach der legendären Fahrt zwischen Stockton und Darlington wird der weltweit erste Transrapid zwischen Hamburg und Berlin schweben. Damit beginnt eine neue Ära des spurgebundenen Verkehrs.“

Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann

Was die Linken wirklich wollen

Die politischen Wunschvorstellungen von SPD, Grünen und PDS

Stichwort Transrapid

SPD

Die SPD steht moderner Verkehrstechnologie im Wege. In einem Beschluß (I 156) des SPD-Bundesparteitages in Hannover vom 2. bis 4. 12. 1997 heißt es:

„Die SPD lehnt das Projekt einer Transrapid-Verbindung zwischen Hamburg und Berlin ab.“

GRÜNE

Die Grünen lehnen den Bau des Transrapid rigoros ab. In ihrem Wahlprogramm heißt es:

„Verkehrspolitisch sinnlos ist der Bau einer Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin.“

PDS

Die PDS ist gleichfalls gegen den Transrapid – und zwar grundsätzlich. In ihrem Entwurf zum Bundestagswahlprogramm fordert die PDS ausdrücklich „einschneidende Brüche“ in der Energie- und Verkehrspolitik: Es sollten nur noch „sinnvolle Bedürfnisse sparsam“ befriedigt werden. – Es fragt sich nur, wer die festlegt.

Der CDU geht es darum, nach neuen Chancen für Wachstum und Beschäftigung zu suchen, neue Zukunftsmärkte zu erschließen und dabei neue Strategien und Technologien konsequent anzuwenden. Die Entwicklung und praktische Anwendung der Magnetschwebebahn Transrapid ist ein herausragendes Beispiel modernster europäischer Technologie, das in der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik eindrucksvoll den Weg der Zukunft weist.

Besonders in Ländern mit einem hohen Lohnniveau wie der Bundesrepublik Deutschland können sich neue Beschäftigungsfelder nur erschließen, wenn innovative und zukunftsorientierte Technologien so schnell wie möglich in neue Produkte umgesetzt werden.

Unsere
Elektronischen
Adressen:

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c= de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Materialien zur EURO-Aktion

● Der EURO – Geschichte der Europäischen Einigung und ihre Lehren

Broschüre, DIN A5,
16 Seiten
Bestell-Nr. 5360
Preis je 100 Expl.:
30,- DM



● Der EURO - auf dem Weg zu einer gemeinsamen Europäischen Währung,

Broschüre DIN A5,
16 Seiten
Bestell-Nr. 5357
Preis je 100 Expl.:
30,- DM



Zehn gute Gründe für den EURO

Faltblatt, 6 Seiten
Bestell-Nr. 2172
Preis je 100 Expl.:
20,- DM

● Stimmen zum EURO

Faltblatt, 6 Seiten
Bestell-Nr. 2358
Preis je 100 Expl.:
20,- DM



● Der EURO – Chance für den Mittelstand

Faltblatt, 6 Seiten
Bestell-Nr. 2356
Preis je 100
Expl.: 20,- DM

● **Leitfaden, EURO-Aktion**

Dieser Leitfaden kann in Einzelexemplaren kostenlos (solange Vorrat reicht) bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter der FAX-Nr.: 02 28 /5 44-4 82 angefordert werden.

● **Fit für Europa - Stark für die Zukunft**

Poster DIN A1
Bestell-Nr. 7347
Preis je 50 Expl.: 30,- DM

● **Fit für Europa - Stark für die Zukunft**

Poster DIN A0
Bestell-Nr. 7346
Preis je 50 Expl.: 60,- DM

Argumentations-
karten der CDU
zum Thema

EURO



● **Argukarten-Set**

Dieses Set enthält 13 verschiedene Argukarten zur schnellen Information, für die Diskussion z.B. am Canvassing-Stand oder als Spickzettel für Redner. Format DIN lang, 13 Karten

Bestell-Nr. 1359
Preis je 20 Sets: 19,50 DM

**7 gute Gründe,
die für die CDU
sprechen**

sicher in die Welt von morgen

CDU

● **Sieben gute Gründe für die CDU**

Bestell-Nr.: 2362
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 20,00 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN
PVST, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● Politik für Arbeitnehmer

Mit dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung hat die CDU-geführte Bundesregierung ein Gesamtkonzept umgesetzt, das Investitionen erleichtert und das Wachstum stärkt. Die Tarifpartner haben mit moderaten Lohnsteigerungen in der Vergangenheit ihren Beitrag geleistet. Nur so können neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende Arbeitsplätze gesichert werden. Die wirtschaftlichen Daten belegen, daß dieser Weg richtig ist: ein im internationalen Vergleich hohes Wirtschaftswachstum, niedrige Zinsen und vor allem stabile Preise. Jetzt gilt es, dieses hohe Wachstum in neue Beschäftigung umzusetzen.

Die vorliegende Broschüre enthält hierzu wichtige Neuregelungen, interessante Zahlen und Daten, die unsere Politik für Wachstum und Beschäftigung erläutern.

Bestell-Nr.: 5330

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 39,00 DM

**Politik
für Arbeit-
nehmerinnen
und
Arbeitnehmer**

Verbilligter Preis!

CDU

**Bestellungen
an:**

IS-Versandzentrum • Postfach 1164
33759 Versmold • Fax (0 54 23) 4 15 21
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de
Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

UiD

12/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.